

Einladung zur Diskussion „Bodenpolitische Agenda 2020 – 2030“ am 13. Juni 2018 in Berlin

Warum wir für eine nachhaltige und sozial gerechte Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik eine andere Bodenpolitik brauchen!

Berlin – Die Tatsache, dass Grund und Boden nicht vermehrbar und unersetzlich sind, macht den Boden zum Schlüssel für eine nachhaltige und gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung. Obwohl die Probleme bei der Bereitstellung von Flächen für den preisgünstigen Mietwohnungsbau, für öffentliche Infrastruktur, für Klimaanpassung und -schutz offensichtlich sind, hat es in den letzten Jahren kaum bodenpolitische Reaktionen dazu gegeben.

Gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Urbanistik gGmbH (Difu) hat der vhw e. V. 2017 eine Roadmap mit neun Kernforderungen auf den Weg gebracht, die auch aus Sicht des hinzugezogenen Expertenkreises dringend aufzugreifen sind, um einen nachhaltigen und sozial verantwortungsvollen Umgang mit dem knappen Gut Boden zu sichern. Die bodenpolitische Agenda für die Jahre 2020 bis 2030 zeigt, durch welche Reformen die vielfältigen, nicht länger hinnehmbaren Blockaden in der Bodenpolitik aufgelöst werden können.

Wir laden Sie herzlich ein,
am **13. Juni 2018**, ab **15:30 Uhr bis 18:00 Uhr** im **Richard-von-Weizsäcker-Saal**
(IDEAL Lebensversicherung, Kochstraße 26, 10969 Berlin) dabei zu sein.

Zum Programm

- 15:45 Uhr [Vorstellung der „Roadmap Bodenpolitik](#),
Prof. Dr. Jürgen Aring, Vorstand vhw e. V.
- 16:00 Uhr [Impulsvortrag konsistente Bodenpolitik](#)
Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg und
Vizepräsident des Deutschen Städtetages
- 16:30 Uhr [Podiumsdiskussion](#) zu drei Themen: instrumentelle Stellschrauben von
Bodenpolitik, Implikationen des Wohnungsbaus, Handlungsnotwendigkeiten
aus Sicht der Kommunen [Programmink](#)

Links: [Roadmap Bodenpolitik](#)

[Roadmap Bodenpolitik Eckpunktepapier](#)

[vhw–Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.](#): ist ein gemeinnütziger Verband. Er engagiert sich durch Fortbildung und Forschung in den Handlungsfeldern Wohnen und Stadtentwicklung für die Leistungsfähigkeit der Kommunen, eine vielfältige Bürgergesellschaft und die Stärkung der lokalen Demokratie. Dem Verband – mit Hauptsitz in Berlin – gehören ca. 1.900 Mitglieder an, darunter überwiegend Gebietskörperschaften. Link zum vhw-[Profil](#)

Bei weiteren Fragen wenden Sie sich bitte an das Referat Öffentlichkeitsarbeit
Ruby Nähring, Tel.: 030 39 04 73-170, E-Mail: rnaehring@vhw.de